

SPD
- 3. NOV



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 390

E/XVI/248 - 3. November 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>SPD - der stabilste Faktor der deutschen Demokratie</u> Ein Wort am Rande der Koalitionsverhandlungen Von Günter Markscheffel	47
2 - 3	<u>Johannes XXIII.</u> Ein bedeutender Mensch - ein großer Papst Zu seinem 80. Geburtstag Von Peter Nellen, MdB	73
4 - 5	<u>USA vor einer neuen Atompolitik ?</u> Politisch-militärische Konsequenzen der russischen Atomexplosionen Von unserem Korrespondenten in den USA	73
6 - 7	<u>Verstimmung in Dänemark</u> "... ein Genickschuß ist noch immer Morâ" - Umstrittene Frankfurter Gerichtsentscheidung	63

* * * *
* * *

SPD - der stabilste Faktor der deutschen Demokratie

Ein Wort am Rande der Koalitionsverhandlungen

Von Günter Markscheffel

- * "Offensichtlich hat Dr. Adenauers Urteilsvermögen ihn in dieser Situation im Stich gelassen. Dies ist umso schädlicher,
- * weil ein Teil seiner grossartigen Errungenschaften mit einer Schwäche in der oberen politischen Struktur Deutschlands bezahlt worden ist, die durch seinen Paternalismus erzeugt wurde. Jede Koalition, die jetzt zwischen seiner Partei und den Freien Demokraten zusammengeflickt wird, wird unvermeidlich eine recht brüchige Angelegenheit sein und des Vertrauens des Landes und seiner Führer entbehren". ("Times", London, 2.11.61)

* * *

In dem hektischen Getriebe der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP bleibt, unabhängig von ihrem Ausgang, die Überlegung notwendig, welche politische Gruppe sich in dieser Zeit als wirklich stabiler Faktor der deutschen Demokratie und als unverrückbar solides Element in der Bundesrepublik erwiesen hat.

Die Antwort ist eindeutig. Nur die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in den Wochen nach dem 17. September, unbeirrt von den oft stündlich wechselnden Situationen und auch unbeirrt von gewissen Ablenkungsmanövern, nicht nur die These vertreten, dass in der gegenwärtigen Situation des deutschen Volkes eine starke, alle demokratischen Kräfte verbindende Regierung notwendig sei, sondern auch eine Ausgangsposition für die künftige deutsche Politik geschaffen werden müsse, die den Realitäten entspricht.

Die Partei als Ganzes hat unter Führung ihres Vorsitzenden Erich **C o l l e n z a u e r** konsequent die seit dem 30. Juni 1960 von Herbert **W e h n e r** nach der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz geforderte Politik der Gemeinschaft in den grossen nationalen Fragen vertreten. Die SPD hat es abgelehnt, das Rärkespiel mitzumachen oder sich als Prellbock gegen andere Parteien missbrauchen zu lassen. Sie hat als oberstes Gesetz ihrer Politik das Wohl des Ganzen in den Vordergrund gestellt.

Während dieser Zeit haben sich in den anderen Parteien tiefe Risse gezeigt, die nicht nur ihren Ausdruck in persönlichem Hader fanden, sondern auch in langen Jahren entwickelte politische Konzeptionen in Frage stellten. Wortbrüche und Umgehungsmanöver waren an der Tagesordnung. Bisher für unfehlbar und weitschauend gehaltene Persönlichkeiten erwiesen sich als kleine Geister, deren Wort im Winde verwehte, ehe es ganz ausgesprochen war. Das Urteil der sonst so bedächtigen Londoner "Times" über dieses Geschehen scheint uns nicht zu hart zu sein und wir meinen, dass es leider richtig ist, wenn man jetzt, gerade bei den Freunden des zur Zeit noch amtierenden Bundeskanzlers, von einem "traurigen Schauspiel" spricht.

Demgegenüber steht die absolute Zuverlässigkeit und Solidität der Deutschen Sozialdemokratie, die wieder einmal in der Geschichte unseres Volkes zeigte, dass ihr Wirken von der Liebe zum Volke bestimmt wird.

Wir sagen das ohne Überheblichkeit und auch ohne Schadenfreude im Blick auf andere. Unsere Feststellung erscheint uns gerade in dieser Situation als ein notwendiges Politikum, als der Ausdruck unserer Zuversicht, dass im In- und Ausland das gegebene Beispiel Anerkennung finden wird.

+ + +

- 2 -

Johannes XXIII.

Von Peter Nellen; MdB

Das treffendste Wort über Papst Johannes XXIII., der in diesen Tagen sein 80. Lebensjahr vollendet und zugleich den Jahrestag seiner Krönung begeht, stammt wohl von Robert Schuman: "Roncalli ist der einzige Mensch in Paris, in dessen Gegenwart man geradezu körperlich eine Empfindung des Friedens verspürt."

Angelo Roncalli, dem Sohn einer bäuerlichen Kleinpächterfamilie, war es nicht an der Wiege gesungen, dass er zur höchsten Stellung in der katholischen Kirche gelangen und damit zu einer der bedeutendsten geschichtlich-moralischen Gestalten unserer Zeit werden sollte. Aus kleinsten, bedürftigen Verhältnissen fand der begabte Junge Zugang zum priesterlichen Amt; keineswegs über die "Akademie der Adligen" oder die traditionsreiche päpstliche Diplomatenschule. Ursprünglich begabt und solide ausgebildet, wurde er ein Seelsorger, ein Priester für das Volk, die Studenten, die Soldaten, die Lazarette. Helle Intelligenz, grosse Arbeits- und Organisationskraft, eine ungewöhnlich gewinnende Menschlichkeit brachten ihn als Aussenseiter in den diplomatischen Dienst der römischen Kurie. Immer belehrbar und vorbehaltlos aufgeschlossen, fand er schnell und sicher Kontakte, sammelte grosse Erfahrungen, verbreitete und vertiefte sein Verständnis für die verschiedenartigsten sozialen, kulturellen, politischen und religiösen Verhältnisse.

Der Balkan, Kleinasien und Paris waren die Stätten seiner weitläufigen Wirksamkeit im Dienst der Kirche. Dabei hat er auf beispielhafte Weise gelernt, religiöse und kulturelle Werte auch ausserhalb seiner eigenen mächtvollen Kirche menschlich und geschichtlich wahrhaft ernst zu nehmen. Das gilt besonders auch für die Christenheit ausserhalb der römisch-katholischen Kirche.

Das Frankreich der ersten Nachkriegsjahre stellte ihm als apostolischen Nuntius delikate Aufgaben. So hatte er z.B. auch das stark kritisierte Verhältnis französischer Bischöfe zum Vichy-Regime und zur deutschen Besatzungsmacht in Ordnung zu bringen. Sein menschlicher und politisch diplomatischer Takt, seine Klugheit gelangten dabei zu vollendeter Form. So konnte er es auch wagen, die deutschen Kardinäle, darunter Clemens August von Galen, bei ihrer ersten Romreise im Frühjahr 1946 in seiner Pariser Nuntiatur zu empfangen, offiziell ehrenvoll zu bewirten und in jeder Weise zu fördern.

Das Geheimnis seines Wirkens und das unverwechselbar Eigene seines Stils besteht darin: zu wissen, "wovon die Menschen leben", wie es ihnen zurute ist, wie sie arbeiten und leiden, was sie fürchten und hoffen. Mit noch so sicheren Wahrheiten und überzeugenden Grundsätzen und Lehren allein ist es für ihr nicht getan. Erst wenn die Regierenden in Staat und Kirche die wirkliche Not und Sorge, die weltweite, allzu berechtigte Furcht und Angst der Menschen an ihr "Herz" heranlassen, verzbgen kluge Überlegungen, sicheres Kalkül, mächtige Institutionen und starke Traditionen etwas wirklich Notwendendes zu leisten.

Davon ist in ganz besonderer Weise seine Enzyklika "Mater et magistra" bestimmt. Nicht ihre allgemeinen, theoretischen Gedankengänge scheinen das Wichtigste, sondern die konkrete menschliche und seelsorgliche Hinwendung auf die sozialen Probleme unserer Zeit. Genannt sei zur die auch heute noch geklagenswerte Lage der Arbeitnehmerschaft in zahlreichen entwicklungs-fähiger Ländern, die krassen Unterschiede zwischen Arm und Reich, die Scheu vor strukturellen Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft unter den strengen Forderungen der sozialen Gerechtigkeit, die Probleme der Daseinssi-cherung, das Zusammenspiel von Staatsautorität und Wirtschaft, die Bedeu-tung der Gewerkschaften, die Frage einer weltweiten Entwicklungshilfe, ohne welche die immer stärker zusammenwachsende Menschheitsfamilie ins Chaos zu versinken droht.

Innerkirchlich fühlt sich das Oberhaupt der katholischen Kirche gegen-über den Gläubigen weniger als "Herrscher über ihren Glauben, sondern als Diener ihrer Freude; bestellt für die Angelegenheiten der Menschen". Wir scheuen uns nicht, es zu sagen: "Sorge und Liebe" geben dem Reden, Lehren und Wirken dieses Papstes einen einzigartig gewinnenden, gar nicht zweck-haften, erst recht nicht absichtsvoll eingeübten persönlichen und zugleich weltweiten sympathischen Zug.

Als wichtigste Aufgabe seines Pontifikates sieht er eine ökumenische, innere Erneuerung und Verlebendigung der katholischen Kirche, ihre grund-satzstrenge und zugleich kühne Anpassung an unabweisbare Forderungen der Zeit an. Sie soll neue Formen finden und Kräfte sammeln, um möglichen zukünftigen Stürmen zu widerstehen, auf jeden Fall aber neuen Aufgaben und Erprobungen weltweiter Art gerecht werden. Dabei denkt der Papst nicht nur an die katholische Kirche, sondern an das Christentum überhaupt und an die Menschheit; für sie gilt es, Freiheit und Frieden zu retten. Deswegen sein Streben nach einer universal offenen, die eine ganze Menschheits-familie einladende Christlichkeit.

USA vor einer neuen Atompolitik ?

Von unserem Korrespondenten in den USA

New York - Anfang Nov.

Die grosse Superbombe der Sowjets hat Amerika genau so erregt und empört wie die ganze übrige Welt. Der Strontiumgehalt von Luft, Wasser und Erde ist bereits gestiegen und wird noch weiter steigen, amerikanische Friedensfreunde, die früher vornehmlich gegen die Atomrüstung ihrer eigenen Regierung protestiert hatten, bestürmen nunmehr, in völlig richtiger Erkenntnis der heutigen Lage, die Gebäude der Sowjetbotschaften in Washington und New York mit Protestmärschen, Protestresolutionen und Protesttelegrammen an Chruschtschow, und die bisher schon allgemeine grundsätzliche und tiefgehende Abneigung gegen Moskau und Moskaus Politik hat sich zu moralischer Empörung und sogar Hass verdichtet, der das ganze Volk erfasst hat.

Die Regierung trägt der neuen Entwicklung in mehrfacher Weise Rechnung: mit grosser Vorsicht, um nicht als Kriegstreiber dazustehen und mit übermässiger Sorgfalt, damit nicht ein unbedachter Schritt die haarfeinen Grenzen des Nervenkrieges überschreiten und zu militärischen Katastrophen führen kann. Im Augenblick hat die Beschäftigung mit der Superbombe Chruschtschows die Gedanken an Berlin etwas in den Hintergrund gedrängt, - obwohl sich Amerika letzthin den "Grenzzwischenfällen" entlang der Sperrmauer schlagfertiger gewachsen zeigte als vor Wochen, im Augenblick, als diese Mauer errichtet wurde.

Kein Beweis von militärischer Überlegenheit

Moskaus Superbombe ist keineswegs ein überzeugendes Symptom sowjet-russischer Militärüberlegenheit; im Gegenteil, die Superbombe gilt als Element der "Übertötung" und militärisch höchst zweitrangig. Amerika ist überzeugt - und lässt diese Überzeugung neuerdings sehr deutlich in Reden und Erklärungen, die primär an die Adresse Moskaus gerichtet sind, immer wieder zum Ausdruck bringen - , dass sein eigenes Arsenal an kleineren, konzentrierten, zum Teil ausschliesslich auf begrenzten taktischen Gebrauch gemünzten atomaren Geschossen Sicherheit und Zukunft der freien Welt sehr wirksam und absolut ausreichend schützen kann und dass demgemäss die berühmte "Balance of Terror" nach wie vor nicht zugunsten der Kommunisten verschoben worden ist.

Politisch, moralisch und propagandistisch hat Präsident Kennedy nach reiflicher Überlegung die Haltung eingenommen, dass Moskau mit seinem Bruch des "Moratoriums", das drei Jahre lang die Welt vor Atomtests

verschont hatte, einen Rechtsbruch und ein Unrecht begangen und die allgemeine Volksgesundheit gefährdet hat. Um diese Erkenntnis klar zu verbreiten, wartete Präsident Kennedy eine Weile, bis er dem Drängen seiner eigenen Militärs nachgab und seinerseits neue Atomwaffenexperimente erlaubte - aber bisher nur geringfügig sowohl der Zahl nach, als auch dem Umfang und der Brisanzwirkung nach, und vor allem bisher nur unterirdisch durchgeführt a.h. ohne Verseuchung der Atmosphäre mit radioaktiven Ausstrahlungen. Ob Amerika seinerseits auch wieder Tests in der Atmosphäre aufnehmen wird, ist vorläufig noch ungewiss.

Diesmal: nur kontrollierte Einstellung

Sicher aber ist, daß es keinen Beschluss darüber fassen wird, ohne Rücksicht auf die Haltung der JNC-Generalversammlung, ein neues "Moratorium" der Testunterbrechungen vorzuschlagen, wieder ohne Kontrolle und Inspektion, lediglich auf gutem Glauben basierend. Die amerikanischen Sprecher in der politischen Kommission der Generalversammlung, wo die Atomtestfrage seit zwei Wochen bitter diskutiert wird, haben das beide sehr deutlich unterstrichen, Botschafter Adlai Stevenson wie der Atomtest-Experte Botschafter Arthur Dean: sie haben, zusammen mit den Engländern, die Annahme eines soliden brauchbaren Atomtestverbotes gefordert, mit Garantien und objektiven Kontrollinstanzen, was freilich der russische Sprecher, Botschafter Zarapkin, mit mehr Stimmaufwand als Überzeugungskraft als imperialistische Perfidie abgelehnt hat; Moskau will nur totale Abrüstung, und alles andere sei Kurpfuscherei. Ausserdem liegt aber ein Vorschlag der Indier und anderer Neutralisten vor, das Moratorium als "Gentlemen's Agreement" zu erneuern - und Amerika sagt, auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate komme das nicht mehr in Betracht, und es müsse sich seine Handlungsfreiheit vorbehalten, auch wenn dieser Antrag angenommen werden sollte. Es wäre das erste Mal, dass Amerika einer "Empfehlung" der JNC zuwiderhandeln würde.

Wenn Moskau glaubte, mit seinen Atomexperimenten die Amerikaner einschüchtern zu können, dann ist der Zweck der Übung offensichtlich verfehlt worden. Ob Chruschtschow es dafür gelungen ist, seine geliebten kommunistischen Brüder in China und Albanien einzuschüchtern, was ihm vermutlich zur Zeit noch viel wichtiger ist, lässt sich nicht recht erkennen. Aber den Amerikanern hat Chruschtschow damit nur einen zusätzlichen Grund gegeben, das zu tun, was sie seit der Verschärfung der Berlinkrise sowieso schon begonnen hatten: nämlich den Stand ihrer Verteidigungsmittel einer neuen Prüfung zu unterziehen, und dafür zu sorgen, dass die von Staatssekretär Rusk erneut proklamierte "Position der Stärke" nicht verlorengeht.

Verstimmung in Dänemark

sp - Eine Entscheidung des ersten Strafsenats des Oberlandesgerichts Frankfurt unter Senatspräsident Pawlik hat in Dänemark zu einer ausserordentlichen Befremdung geführt und es ist denkbar, dass das dänische Aussenministerium die Bedenken der Regierung in Kopenhagen über diese Entscheidung in Kürze dem Auswärtigen Amt in Bonn in einer Verbalnote mitteilen wird. Der Strafsenat hat am 22. Oktober in Frankfurt entschieden, dass der 54-jährige Frankfurter Zollinspektor Erich Bunke, der während des Krieges als Leiter und Kriminalrat der Kopenhagener SD-Zentrale (Referat IV 2 A) für die Erschiessung von 23 dänischen Widerstandskämpfern verantwortlich gewesen sein soll, nicht weiter in Untersuchungshaft zu halten ist.

Senatspräsident Pawlik verwarf damit eine Beschwerde des Frankfurter Generalstaatsanwalts Dr. Bauer auf Bestehenlassen des Haftbefehls mit der Begründung, für Bunke könne nur Beihilfe zum Totschlag nachgewiesen werden, weil er auf einen Führerbefehl hin gehandelt habe und Mittäterschaft an Mord komme nicht in Frage. Da aber Totschlag verjährt sei (jedoch nicht Mord), müsse die Untersuchungshaft aufgehoben werden. Darüber hinaus ist bekannt geworden, dass Bunke inzwischen seine Chance wahrnahm und mit unbekanntem Ziel auf Reisen gegangen ist.

Die dänische Presse übt scharfe Kritik und unterstützt die Argumentation von Generalstaatsanwalt Bauer. Bauer sagte, der erste Strafsenat sei teilweise über die Grundsätze des Bundesgerichtshofes hinausgegangen, die in diesem Fall Mittäterschaft an Mord wegen der Zweitrangigkeit des Führerbefehls sehen. Die Kammer habe eine ganz neue Rechtslage geschaffen, denn schliesslich sei "ein Genickschuss immer noch Mord". Wenn Menschen bei Nacht und Nebel erschossen und ihre Leichen heimlich im Walde verscharrt würden, sei das Unrecht für jeden Laien offenbar.

Der zuständige Abteilungsleiter im Kopenhagener Justizministerium N. Madsen hat inzwischen erklärt, dass man in Dänemark bereit sei,

weitere Zeugenvernehmungen durchzuführen. Wenn Bunke dänischen Boden betrete, werde er sofort verhaftet werden. Aus dem Ministerium verlautet ferner, dass man auch befremdet über die strafrechtliche Behandlung des damaligen Komplizen von Bunke, des Angehörigen einer besonderen Kommandogruppe vom Referat IV 2 A, eines Walter Carl Rasmussen, sei, mit dessen Hilfe die von Bunke zu verantwortenden Tötungen erfolgt sein sollen. Hier hat der frühere SS-Chef in Dänemark, Pancke, beeidigt, dass Rasmussen während des Krieges die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen habe, wonach die deutschen Behörden nunmehr Rasmussen nicht nach Dänemark überstellen würden.

Das Ministerium bemängelt ferner, dass sich das in Hamburg anhängige Strafverfahren gegen Rasmussen schon so lange hinziehe und es nicht gelungen sei, es mit dem Frankfurter Strafverfahren gegen Bunke zu verbinden.

Aus den Kopenhagener und Frankfurter strafrechtlichen Ermittlungsunterlagen ist zu entnehmen, dass Bunke 1944 persönlich bei der Erschiessung von elf dänischen Widerstandskämpfern am sogenannten Roskildeweg anwesend war und auch für die Erschiessung weiterer zwölf Widerstandskämpfer verantwortlich gemacht werden kann. Das Kommando bei den Erschiessungen soll zeitweise Rasmussen gehabt haben.

Bunke wechselte 1953 von der Sowjetzone in die Bundesrepublik über und gab bei seiner Einstellung im Zolldienst ausdrücklich an, dass er von der dänischen Polizei gesucht werde. Die Personalabteilung für Zollwesen im Bundesfinanzministerium unternahm jedoch nichts, so dass Bunke erst im Oktober 1960 auf mehrfaches Drängen der Dänen in Haft genommen, aber im August 1961 wieder aus der Haft entlassen wurde.

Generalstaatsanwalt Bauer will jetzt das Bundesgericht in Karlsruhe anrufen, um den Beschluss des ersten Strafsenats auf Haftentlassung rückgängig machen zu lassen. Ob das gelingt, ist eine andere Frage, denn die höchstichterliche Anrufung ist allgemein nur bei ergangenen Urteilen möglich - ganz abgesehen davon, dass Bunke nur dann nach Deutschland zurückkehren wird, wenn eine für ihn günstige Entscheidung gefällt wird.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel